

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Festtage) Die Neue Welt Hugo Baumüller, Magdeburg. Verlag von
Bernhard Barsam, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Veitge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Dreiteufel 127.
Redaktion: Dreiteufel 127 (Eingang Schenkerstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Prämienzahlbare Abonnementspreise: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuz-
band in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich
2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 cgl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (schlief. der Wochenscheitenden
Kontaktsätze) 5 Pf., mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-Zeitungsstelle Nr. 7539.

Nr. 27.

Magdeburg, Mittwoch, den 2. Februar 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.
Heute liegt Bogen 31 vom Roman 'In Reich' und
Glies bei.

Die konstitutionelle Fabrik.

In den Debatten über das berühmte Posadowsky'sche Rundschreiben wurde im Reichstag von unserem Genossen Legien von der Billigkeit einer konstitutionellen Form (mit Mitwirkung der Arbeiter an der Leitung der Fabrik) gesprochen, aus der sich dann die republikanische (genossenschaftliche) und als das Endziel die kollektivistische (gesellschaftliche) Form entwickeln würde. Diesen Gedankengang suchte der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky durch eine Konsequenzmacherei zu widerlegen, deren Logik für gewöhnliche Sterbliche schwer verständlich ist. Er sagte nämlich, daß dann ja in republikanischen Staaten der Kollektivismus schon jetzt bestehen müsse. Ein komisches Miß- und Unverständnis. Und doch ist es, wie sich zeigen wird, als habe der eigentliche Urheber des Gedankens und des Ausdrucks die Möglichkeit desselben schon vorhergesehen. Dieser Urheber ist nämlich unseres Wissens kein anderer, als der berühmte Geschichtschreiber des Materialismus Friedrich Albert Lange. Es dürfte unsere Leser interessieren, die betreffende Stelle aus Langes klassischer Arbeiterfrage (erschienen 1865, 5. Aufl. 1895) kennen zu lernen, und wir bringen sie um so lieber zum Abdruck, als wir dadurch aufs Neue nachdrücklich auf dies noch längst nicht nach Verdienst geschätzte und verbreitete Buch hinweisen möchten. Lange also spricht sich auf S. 370 der Arbeiterfrage einigermaßen zweifelhaft über die von Lassalle geforderten Produktionsgenossenschaften aus und sagt dann wörtlich:

„Diese Gedanken müssen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten, die oft genug übertrieben werden, zu dem Bedenken leiten, ob es vernünftig und möglich sei, mit der künstlichen Herstellung von Produktionsbedingungen im großen gleich anzufangen. Werden sie militärisch-bureaucratisch von oben herab organisiert (einerlei ob das Staatsoberhaupt die Krone oder die Jakobiner-Masse trägt) so kommt der Arbeiter von vornherein aus dem Regen in die Traufe: werden sie aber als republikanische Fabriken organisiert (was wiederum denkbar ist, einerlei, ob die Spitze des Staates eine monarchische oder republikanische ist) so fragt es sich, ob man für diese industriellen Republiken die Bürger findet. Man kann allerdings auch hier den bekannten Satz anwenden, daß man im Wasser schwimmen lernt, allein bei einer verhängnisvollen Betrachtung der Dinge wird man einsehen, daß der weit näher liegende Schritt, den Fabriken zunächst nicht die republikanische, sondern die konstitutionelle Form zu geben, ein bedeutendes Vorzügen hat. Und diese konstitutionelle Form der Fabrik ist es im Grunde, was die Gewerkschaften anstreben, die durch den natürlichen Takt der Arbeiter einzuwirken bei weitem dem Produktiv-Gewinnbringenden vorgezogen werden. Wir werden bald sehen, daß diese Unternehmungen noch den besonderen Vorteil haben, daß sie eine allmähliche Steigerung in der wirtschaftlichen Freiheit der Arbeiter zulassen: daß diese, in demselben Maße, in welchem ihr Verständnis für den Gang des Geschäftes, ihre Gewissenhaftigkeit und Eifer an Organisation, ihre Festigkeit und Selbstbeherrschung zunehmen, auch ihre Anforderungen steigern und einen immer größeren Einfluß auf die Leitung des Geschäftes gewinnen können.“

Es ist sicher, daß die Gewerkschaften mit steigender Zunahme und Festigung ihres Bestandes und mit wachsender Einsicht in die Bedingungen der Produktion und den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung einen steigenden Einfluß auf die Einrichtung und Leitung der Betriebe gewinnen müssen, zumal wenn eine den Arbeiterinteressen entsprechende Ausbildung der Arbeiterauschüsse: Sicherung ihrer Mitglieder vor willkürlicher Entlassung und Erweiterung ihrer Befugnisse durch gewerkschaftliche Machtmittel und gesetzlichen Schutz ermöglicht wird. Dazu ist die Entwicklung von Arbeiterkammern, die der Behörde wie dem Unternehmern gegenüber die Vertretung der Arbeiter mit amtlichen Befugnissen übernehmen, aus den Gewerbegerichten zu verlangen, um die Fähigkeit der Arbeiter zur Leitung industrieller Unternehmung zu steigern.

Auf der anderen Seite wird dies zu erreichen sein durch direkte Schulung der Arbeiter in der Verwaltungsarbeit, wie sie durch die Beteiligung an der Gemeindeverwaltung, Leitung von Käsen und namentlich die Ausbildung des Konsum-Genossenschaftswesens erzielt wird.

Heute freilich handelt es sich neben der unverminderten Berücksichtigung dieser Aufgaben in erster Linie darum, den gegenwärtigen politischen Kurs, der die Staatsmacht unerschütterlich in den Diensten der verschiedenen Kapitalistenklassen stellt, zu überwinden, nach einem anderen Vorgehen Wort: in der Staatsleitung den guten Willen an Stelle des bösen Willens zu setzen, d. h. den Volksmassen die politische Herrschaft zu erobern. Dazu mitzuwirken wird die Aufgabe des bevorstehenden Wahlkampfes sein.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Von der Kartellkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften einberufen, fanden am Sonntag vormittags in Ham-

burg in verschiedenen Stadtteilen fünf Volksversammlungen statt behufs Stellungnahme zu dem von der Regierung beabsichtigten Vorgehen gegen das Koalitionsrecht. Fünf Reichstagsabgeordnete referierten. Etwa 15 000 Personen nahmen eine Protest-Resolution an die Reichsregierung und den Reichstag an.

Das Urteil wider den **Schutzmann Kiefer** wird am 4. Februar gefällt. Es wird allgemein dessen Freisprechung erwartet. Diese Annahme stützt sich auf die Rede des Verteidigers, der auf den Erlaß des Kaisers im Oktober 1891 hingewiesen hatte, der wie folgt schließt: „Der Heineke-Prozess hat in erschreckender Weise dargelegt, daß das Zuhältertum neben einer ausgedehnten Prostitution in den großen Städten, insbesondere in Berlin, sich zu einer gemeinen Gefahr für Staat und Gesellschaft entwickelt hat. Behufs energischer Bekämpfung dieses Unwesens wird in erster Linie in Frage kommen, inwieweit schon auf Grund der bestehenden Gesetze mit Nachdruck gegen die Zuhälter eingeschritten werden kann. Diese Aufgabe fällt der Polizei und der Strafrechtspflege zu. Es wird der Polizei ein kräftiges, unter Umständen rücksichtsloses Vorgehen gegen die Ausschreitungen jener verworrenen Menscheklasse zur Pflicht zu machen, zugleich aber werden die Exekutivbeamten darüber zu vergewissern sein, daß sie bei thatkräftigem Vorgehen nicht nur meine Anerkennung, sondern auch meinen Schutz finden würden.“ Wie der Verteidiger ausführte, hat der Angeklagte im Geiste dieses Erlasses des kaiserlichen Herrn, aber auch im Sinne der Instruktion von 1891 sein Amt ausgeübt. Wir werden ja sehen, wie der Gerichtshof die Kölner Schutzmannschaft beurteilt.

Der **Schutzmann Reinhold**, der am Abend vor Weihnachten vorigen Jahres in Aachen mehrere aufständige Frauen und Mädchen befristete und mit unsittlichen Anträgen verfolgte, ist plötzlich, nachdem die Angelegenheit von der Polizeidirektion und von der Staatsanwaltschaft aufgegriffen worden war, mit seinen Angehörigen verschwunden. Die Untersuchung gegen ihn nimmt ihren Fortgang. Der Tapfere!

Die Strafkammer in Gießen hatte sich schon wieder mit den Vorgängen im heftigen Landesjuchthaus Marienschloß zu befassen; wieder standen Sträflinge vor ihren Särranten, die „wegen der schlechten Behandlung und wegen der schlechten Kost“ dazu geschritten waren, Gewalt zu verüben. Zwei Sträflinge hatten den aussichtslosen Versuch unternommen, die Mauer des Schlafsaales zu durchbrechen, um in die Freiheit zu gelangen. Sie erhielten 6 und 7 Monate Gefängnis (6 Monate Gefängnis bilden das Strafminimum). Sie waren wegen ihrer That bereits von der Juchthausdirektion mit 4 Wochen strengen Arrestes (dunkle Zelle, harte Lagerstätte, nur jeden dritten Tag warmes Essen, Ketten) bestraft worden. Die Gefangenen behaupteten, daß mehrfach Fälle von Mauterei vorgekommen seien, ohne daß man Strafverfolgung eingeleitet habe.

Die **nationalen Wirtschaftspolitiker**, die bekanntlich auch geachtete Monarchisten sind, haben vor kurzem den tiefen Schmerz erleben müssen, daß der König von Württemberg amerikanische Pferde für sich einjähren ließ, und nun finden wir in einem österreichischen Blatte die folgende telegraphische Meldung aus Berlin: „Das Eisenwerk Prinkauf in Niedersachsen, dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein (dem Bruder der Kaiserin) gehörig, schloß einen Vertrag wegen Bezuges amerikanischer Kohlen ab; ebensolches wurde bereits im vorigen Jahre von dem saskischen Hüttenwerke in Gleiwitz verarbeitet.“ Wir sind begierig auf den Kommentar, den diese Nachricht in der schätzvollnerischen Presse finden wird.

Bei der **Reichstagswahl** Homburg-Kusel haben erhalten Schmidt (nall.) 8851 und Lude (Bund d. Landw.) 7846 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. Welche Freude für die Nationalliberalen.

Bei den **Gewerbegerichtswahlen** siegten in Grefeld die sozialistischen Textilarbeiter mit erheblicher Mehrheit über die vereinigten christlich-sozialen Arbeiter trotz der großen Anstrengungen der letzteren.

Den Angehörigen des in Ljimo ermordeten **Matrosen Schulze** ist vom Marine-Kommando in Kiel folgendes Schreiben zugegangen: „Dem Kommando erwirbt die traurige Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß Ihr Sohn, der Matrose Johann Heinrich Schulze, zur Beförderung S. M. S. „Kaiser“ gehörig, als er in Raatichau Posten stand, nachts heimlich ermordet wurde. Als braver Soldat ist er im Dienste für sein Vaterland gefallen, welches sein Andenken ehrent, aber auch blutige Genugthuung für seinen Tod fordert.“ Ob diese „blutige Genugthuung“ die an sich hierfürige Begebenheit nicht noch verschlimmert? (Aber dies lies Nachrichten aus dem Reiche.)

vom Bundesrat nicht angenommen worden ist. In einer der letzten Sitzungen des Reichstags frug der Abg. Reichhans, ob in die Kommission auch die Impfygegner, die den „Köhlerglauben“ nicht teilen, dort zu Worte kommen werden. Der genannte Abgeordnete glaubte, daß die Frage bei den kommenden Wahlen eine Rolle spielt. Staatssekretär Graf Posadowsky sicherte dem Fragesteller zu, daß in die Kommission auch Impfygegner kommen werden. Aber die deutsche Regierung will wie die anderen Staaten am Impfwange festhalten.

Aus Schwiebus wird geschrieben: Am 28. Januar wurde der Bildhauer Max Wolter verhaftet, welcher der Kaiser-Geburtsstagsfeier im Schützenhause bewohnte und bei Ausbringung des Hochs sitzen blieb; er soll sich dadurch einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben.

Die Mittelstandsfreundlichkeit der Agrarier und Antisemiten.

Die schon erwähnte Petition der Berliner Fleischer-Zunft um Aufhebung der Grenzsperr für Vieh hatte darauf hingewiesen, daß die deutsche Landwirtschaft durch den Schutz, den sie genießt, keine Konkurrenz hat und also keinen Ansporn, etwas Nützliches zu leisten. Ohne auf die Bedürfnisse des Fleischergewerks Rücksicht zu nehmen, bezöge die deutsche Landwirtschaft für Millionen von Mark Kunstfüttermittel aus dem Auslande. Die Petition versichert: „Mit Hilfe dieser künstlichen Futtermittel werden Tiere gezüchtet und gemästet, die geeignet sind, die deutsche Wurst- und Fleischwarenfabrikation vollständig zu untergraben. Wirklich gutes, gemästetes Ochsenfleisch steht derartig im Preise, daß es zu einem Genussmittel geworden ist, daß sich nur noch wohlhabende Leute verschaffen können.“ Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte hatte darauf diese Ausführungen als eine „Unverfrorenheit“ bezeichnet und mit der Errichtung von agrarischen Schlacht- und Verkaufsgenossenschaften gedroht — antisemitische Blätter haben dummerweise diese Drohung nachgedruckt. „Diese Drohung (so meint die Allgemeine Fleischer-Zeitung) hat nicht viel Schreckhaftes, solche Genossenschaften sind stets sehr schnell den Weg allen Fleisches gegangen, aber sie zeigt doch wieder, welche Förderung des Mittelstandes und des Handwerks man von den Agrariern zu erwarten hat. Der Hinweis der Berliner Fleischerzunft aber auf die durch Verwendung künstlicher Futtermittel herbeigeführte Verschlechterung des Tiermaterials wird durch die Entrüstung des Bundes der Landwirte nicht entkräftet. Dieser Uebelstand ist schon wiederholt von berufenen Fachleuten konstatiert worden — die Petition sagt also in dieser Hinsicht nichts, was nicht schon wiederholt den Agrariern vorgeworfen worden wäre.“

Eine Petition gegen die Sperrung der Grenze für die Vieheinfuhr ist bereits auf dem letzten Deutschen Fleischer-Verbandsstages beschlossen worden, und es wird mitgeteilt, daß der Vorstand dieses alle deutschen Fleischer-Zünfte und 25 000 Mitglieder umfassenden Verbandes demnächst zu den Auslassungen des Organs des Bundes der Landwirte Stellung nehmen wird. Da werden sich die Herren Zünftler im Schlachtgewerbe über die Junker und ihre antisemitischen Freunde sehr entrüsten — um bei der nächsten Gelegenheit doch wieder für sie zu stimmen. Denn wenn sie auch gegenjettig Urache haben, sich manches vorzuwerfen, sie sind doch vom selben Holze. Alle drei Gruppen vertreten nur ihr selbstjisches Interesse und wollen es fördern auf Kosten der Gesamtheit.

Nachrichten aus dem Auslande.

In Graz, wo noch immer Spannung zwischen Militär und Civil, Bosniaken und Studenten herrscht, hat ein Oberstlieutenant Percevic den **nationalen Streit jogar ins Mädchen-Gyceum** getragen. Als nämlich für die Hinterbliebenen des bei den Unruhen erschossenen Arbeiters Haas im Mädchen-Gyceum gesammelt wurde, erklärte die schneidige Tochter des Oberstlieutenants Percevic, sie gebe für die deutschen Hunde nichts, es hätten ihrer mehr erschossen werden sollen. In der nächsten Turnrunde weigerte sich die Tochter des deutsch-fortschrittlichen Gemeinderats Glez, ihr beim Reigen die Hand zu reichen. Tags darauf kam der Oberstlieutenant in die Klasse, hielt eine geharnischte Rede an die jungen Damen, geriet dabei mit dem Direktor des Gyceums Lorenz Kristof in Streit und forderte ihn.

Aus Wien meldet die Neue Freie Presse: Dr. Karl Auer hat neben ein Patent für ein **elektrisches Glühlicht** erworben, welches bezweckt, eine Ersparnis am elektrischen Strom und eine größere Leuchtkraft der elektrischen Lampen herbeizuführen. Die Erprobung des neuen Lichtes ist noch nicht abgeschlossen. Die neue Erfindung soll eventuell der Wiener Auer-Gesellschaft übertragen werden.

Von der deutschen Hanse!

Ueber dieses durch die Rede des deutschen Kaisers aktuell gewordene Thema spricht Schriftsteller Manfred Wittich-Leipzig am Dienstag abend in der Zerbster Bierhalle.

Einen sehr zahlreichen Besuch erwartet der Einberufer.

In Brian kam es am Sonntag zwischen deutschen und schweizerischen Studenten zu Zusammenstößen, wobei elf Verletzungen vorgekommen wurden.

In mehreren schweizerischen Kantonen werden die Kantonsregierungen direkt von den Bürgern gewählt. Dieses Beispiel hat die Wirkung, daß von Zeit zu Zeit die Wahl der Bundesregierung durch das Volk vorgelegt wird. So geht auch wieder. Diesmal sind es die Sozialdemokraten, welche die Volkswahl des Bundesrats betreiben. Zu Bundesgenossen haben sie die Ultramontanen, ferner einen Teil der Demokraten, die von dem neuen Wahlmodus gewisse Vorteile für die Eidgenossenschaft erwarten. Der Frankfurter Zeitung erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß die schweizerischen Wähler eines Tages über die Frage der Volkswahl abstimmen müssen. Schon im Jahre 1848 ist vorgelegt worden, die Wahl des Bundesrates in die Hände des Volkes zu legen. Nur mit einer Stimme ist damals der Antrag in der Minderheit geblieben. Die glücklichen Schweizer.

Die das Vordringen Deutschlands in Bezug auf die Erweiterung der Marine andere Staaten zur Nachahmung reizt, geht aus den französischen Kammerverhandlungen hervor. Gegenwärtig steht der Marineetat zur Debatte. Lodyroy wies auf die Aufstrebungen aller Völker zur Vermehrung ihrer Flotten hin und hielt dem entgegen, daß die französische Kolonialflotte aus Holzschiffen bestände. Zum Schluß sagte Lodyroy, Deutschland habe ein Flottenprogramm mit bewundernswürdiger Reichhaltigkeit aufgestellt. Seine Schiffe besäßen Schnelligkeit und Gebirgenheit. — Es ist sonderbar, gilt es die eigene Flotte zu vermehren, dann wird auf die Vorträge anderer Flotten verwiesen und die eigene Flotte herabgesetzt. In Deutschland ist so etwas auch Sitte — man spricht dem leichtgläubigen Volke gegenüber von alien Küsten und preist die Vorträge der französischen Flotte. Und der Deutsche Michel reißt den Humburg nicht.

Die von Präsident Cleveland kurz vor seinem Austritt noch durch sein Büro befristete Bill zur Beschränkung der Einwanderung ist nunmehr vom Bundesenate mit großer Mehrheit angenommen worden. Sie schließt alle Einwanderer, über 16 Jahre alt, aus, die nicht in irgend einer Sprache lesen und schreiben können. Ausgenommen sind Personen im Alter über 50, die in Begleitung von Verwandten für derenkommen.

Auf Haiti hat man in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar, wie aus Port au Prince der Post geschrieben wird, versucht, die Privatwohnung des deutschen Botschafters, des Grafen Schwerin in Brand zu setzen. Es liegt eine regelrechte Grundstimmung vor.

Parlamentarische Nachrichten.

(Stimmungsbericht aus dem Reichstage am 31. Januar.)

6. Die Starberatung nahm heute ein schnelleres Tempo an. Der Etat des Reichskanzlers, wie der des Reichsamts des Innern wurden heute zu Ende beraten. Beim Etat des Reichskanzlers rief nur die von der Regierung beantragte Erhöhung des Reichskanzlergehältes eine längere Diskussion hervor. Unsere Gewissen haben sich auf eine klare, rasche abschließende Erklärung geeinigt, die Singer abgab. Selbstverständlich fehlte in dieser Erklärung der Hinweis auf die große Lust nicht, die zwischen den Gehältern der höchsten Beamten und denen der Unteren besteht. Die Parteien, denen das Gefühl für die Bedeutung dieser Lust abgeht und das fast fast alle längeren Parteien hinnehmen für die Gehaltserhöhung. Beim Etat des Reichsamts des Innern ergaben sich bei einer Pointe, die Gelder für die Aufrechterhaltung des Reichskanzlergebäudes enthält, eine eingehende Debatte, die insofern von Wichtigkeit war, als dabei die grundsätzliche Frage lebhaft diskutiert wurde, ob der Reichstag als Reichstag eine selbständige Behörde ist, die zur Aufrechterhaltung von Reichsanstalten berechtigt ist und ob nicht etwa der Bundesrat für ein solches Unternehmen hat. Das der Reichstag wurde. — Wegen in vollem Umfang bejaht, auch das Centrum nahm sich dieser Frage an, um nicht gleich mit den Konservativen werden übergehört zu sein. Graf Schwerin sprach dem Reichskanzler den Charakter der Behörde ab und wies auf den Bundesrat hin, der die grundsätzliche Frage nicht. Das Reichstag ist die Behörde für die Aufrechterhaltung von Reichsanstalten berechtigt ist. Auch Graf Schwerin sprach für die Behörde, weil in der Erwägung, daß es schließlich ganz gleichgültig ist, ob der Reichstaggebäude von Reichsanstalten oder von anderen Dingen mit oder ohne Zustimmung von Reichsanstalten des Bundesrat entsprechend wird über ob die Behörde nicht entsprechende Zustände. Dem Reichstag wurde durch die Bundesratsmitglieder überlassen, aber mit ihrer Zustimmung angeordnet. — Es folgt die Beratung des Reichskanzlergebäudes mit wegen befristet.

Deutscher Reichstag. (29. Sitzung.)

3. Berlin, den 31. Januar, 1 Uhr.

Die Reichskanzler: Graf Schwerin. Die Reichskanzler: Graf Schwerin. Die Reichskanzler: Graf Schwerin.

Bezüge des Reichskanzlers (bisher 36,000 Mark Gehalt und 18,000 Mark Repräsentationskosten, zusammen 54,000 Mark) auf zusammen 100,000 Mark gefordert.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Baffermann natl.) beantragt die Bewilligung der Zulage wegen der gesteigerten Repräsentationskosten des Reichskanzlers.

Abg. Singer (Sozialdemokrat):

Wir haben in der Kommission gegen eine Erhöhung gestimmt. Wir meinen, daß wir zuerst für die Gehaltserhöhung der kleineren Unterbeamten zu sorgen haben, die jetzt durchaus ungenügend bedacht sind. Bevor diese erheblich besser gestellt sind, sollte von einer höheren Dotierung des Reichskanzlers gar keine Rede sein. Wir sehen die beste Repräsentation des Reiches weniger in rauschenden Festen, als in einer kräftigen Vertretung der Interessen des Reiches. Ich bitte den Herrn Präsidenten, über diesen Punkt eine besondere Abstimmung vornehmen zu lassen, damit auch nicht einmal der Anschein erweckt wird, als ob wir in die Erhöhung des Gehältes willkürlich gewilligt hätten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Rp.) tritt für die Bewilligung ein. Wenn Fürst Bismarck mit dem Gehalte zufrieden war, so nur deshalb, weil er hohe Dotationen ausserdem vom Reich erhalten habe. In Privatgesprächen habe er häufig berichtet, daß das Gehalt des Reichskanzlers an sich viel zu niedrig bemessen sei. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Lieber (Str.) spricht sich gleichfalls für die Bewilligung aus. Der Reichskanzler müsse nicht so dotiert werden, daß ihn auch einmal ein Minderbeamter annehmen könne. Daß eine Erhöhung der Unterbeamtengehälter noch nicht durchgeführt sei, bedauere auch keine Grund, aber die Erhöhung sei ja für die nächste Session in Aussicht genommen.

Abg. v. Radowitz (konj.) und Abg. Dr. Gammacher (natl.) sprechen sich für die Bewilligung aus.

Die Forderung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei bewilligt.

Der Rest des Spezialtitels „Reichskanzler und Reichskanzlei“ gelangt debattelos zur Annahme.

Sodann wird die am Sonnabend unterbrochene Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt beim Kapitel „Kanalamt“.

Abg. Dr. Gammacher (natl.) wünscht, um eine Steigerung des Verkehrs herbeizuführen, eine Verlängerung der Ausweichtellen des Kanals von 400 auf 1000 Meter und eine entsprechende Vergrößerung. Dagegen der Herabsetzung seien auch die Tarife noch allem Anschein nach zu hoch.

Abg. Weissenhahn (Soz.) bemängelt, daß die kleinen Schiffe im Kanal oft tagelang an den Schleusen warten müssen. Mögt Tage sein, daß eine Schleuse die Kanalverwaltung habe sich in einem solchen Falle damit entschuldigt, daß ein Aufstauung dem Schiffe voranging. Den Wünschen der kleinen Schiffe sollte die Kanalverwaltung möglichst entgegenkommen, da für sie der Zeitverlust großen Schaden verursacht.

Staatssekretär Graf Solovjowitsch erwidert, jedes kleine Fahrzeug könne der Kanal wegen nicht durch den Kanal geschleppt werden, deshalb müßten sie mehrfach warten. Der Fall mit dem Schiff ist ihm nicht bekannt. Der durch mögliche Tarife könne der Verkehr auf dem Kanal gehoben werden. Angenehmlich solle man es aber bei den bestehenden Gebühren lassen. Erster könne man dann an eine Art von Abkommen, welches auch an Staffeltarife denken.

Abg. Jochen (natl.) verlangt möglichst einfache Tarife; von der Einführung eines Abkommens solle man absehen.

Das Kapitel wird demnach fertig. Damit ist das Ordinarium erledigt.

Im Abgeordnetenhaus beginnt die Beratung des Reichskanzlergebäudes mit dem Titel: „Zur Aufrechterhaltung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers“. Der Reichskanzler hat die Kosten für die Aufrechterhaltung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers auf 100,000 Mark für ein Jahrzehnt und auf den Etat des Reichstages 1897 zu übertragen.

Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers.

Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers.

Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers.

Aus den Kommissionen.

Beraterung von Sachverhalt

Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers. Die Reichskanzler (Graf Schwerin) beantragt die Bewilligung des Reichskanzlergebäudes mit Wohnstätten für die Beamten des Reichskanzlers.

event. vorzunehmen hätten. Die Kommission vertagte sich sodann, bis seitens der Regierung das Material zur Beantwortung dieser Fragen vorgelegt sein wird.

Zum Wahlkampf.

Die Gewerkschafts- und Parteibewegung liegt in Stendal (Wahlkreis Stendal-Merburg) sehr darnieder. Alle Versuche, hier Wandel zu schaffen, scheiterten an dem Indifferentismus vieler Arbeiter oder der Rivalität unter einzelnen Arbeitern. Daß diese Verhältnisse nicht so fort-dauern können, empfinden die Arbeiter selbst und einige unter ihnen mühen sich, hier Wandel und geordnete Zustände zu schaffen. Zu diesem Zweck tagte am Sonnabend eine Volksversammlung, in der Schmidt-Magdeburg über die politische und wirtschaftliche Lage sprach. Um 1/2 9 Uhr waren knapp 20 Personen im Saal — erst, nachdem der Referent begonnen, fanden sich ca. 180 Personen ein (eine Anzahl war in der Gaststube beim Kartenspiel und Billardspiel beschäftigt). Redner äußerte seine Meinung über diese Zustände (woran nur die Gegner gefallen können) in der unzweideutigsten Weise und ermahnte die Versammelten zur Einigkeit und geschlossenem, zielbewußtem Vorgehen unter Berücksichtigung der Gefahren, welche der Arbeiterschaft drohen. Mögen die Stendaler proletarischen Frauen und Männer sich endlich einmal aufrufen und die früheren geordneten Zustände wieder herstellen. Die Agitation für die Arbeiterpresse verlief ohne nennenswerten Erfolg. Die bürgerliche Presse ist die geistige Speise der Mehrzahl der dortigen Arbeiterfamilien. Traurig, aber wahr! —

Ganz anders verlief am Sonntag nachmittags eine Volksversammlung in Köchstedt (Wahlkreis Halbe). Aus Egel, Schneidlingen, Börmede und Köchstedt waren über 200 Männer und Frauen erschienen, die den kleinen, recht sauber ausgestatteten Saal der Witwe Koch in Köchstedt bis auf den letzten Platz füllten. Viele der Anwesenden hatten einen Weg von über eine Stunde zurückgelegt, trotz der Unbill der Witterung. Mit Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners (Schmidt-Magdeburg). An den Beifallsbezeugungen merkte man, daß die Zuhörer mit Herz und Sinn bei der Sache waren. Der Bürgermeister ermahnte den Redner in seinen Ausführungen „nicht so weit zu gehen“. Dies geschah an einer Stelle als die Versammelten ihrer tiefsten Enttäuschung über das freche Gebahren der junkerlichen Staatstreidler Ausdruck verliehen. Sonst verlief die Versammlung ohne Zwischenfall. Zum Schluß derselben gab der Egel'sche Arbeitergesangverein einige Lieder zum Besten. In vier Wochen findet im gleichen Lokale eine zweite politische Versammlung statt.

Nachrichten aus Magdeburg.

— Freispruch eines Hafnarbeiters. Das Schöffengericht zu Neustadt verurteilte Anfang Dezember v. J. den Hafnarbeiter Müller zu einem Monat Gefängnis. Es wurde als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte im September 1897 einem Mitarbeiter im Hafen zugezogen habe, er halte es mit den Streikenden, er melde den Streikbrüchern alles, was im Hafen passiere, er habe sich in einer Strafsache betheiligen lassen und ein falsches Zeugnis abgelegt. Der Angeklagte hatte stets seine Schuldlosigkeit behauptet und legte Berufung ein. Der Gerichtshof zweiter Instanz hielt die Schuld des Müller für nicht genügend erwiesen, gab deshalb das erste Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

— Das Infanterie-Regiment Nr. 26 giebt bekannt, daß kein Angehöriger des Regiments an dem „Gesundeball“ teilgenommen habe. War denn dieser von den Bühnenkünstlern des hiesigen Stadt-Theaters arrangierte Ball nicht — gentlemanlike? Hat doch sogar der Herr Oberbürgermeister an dem Balle teilgenommen, der (wie wir aus Erfurt wissen) ein lebenslustiger Mensch ist.

— Aus unserem Verfehrkreise erfahren wir, daß der Jarzgeroder Kinderprügler, welcher nach Verurteilung verbannt ist, Pannier heißt. Vielleicht erfahren wir nunmehr auch den Namen jenes Verbannter Herrn, der nach Angaben eines bürgerlichen Blattes in so unheimlicher Weise sein Kind behandelte.

— Zur Nachahmung empfohlen: Berliner Volksschullehrerinnensverein haben bei den städtischen Behörden um die Anstellung einer Aertzin für die im Interesse des Dienstes notwendigen ärztlichen Untersuchungen der weiblichen Beamten der Stadt nachgesucht.

— Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag statt. Zu erledigen sind 18 Gegenstände.

— Gestorben ist der Stadtverordnete Dr. Krause. Er gehörte der ersten Abteilung an.

— Für die Erhaltung des Nothenhoras sind in den nächst-jährigen Etat 11 000 Mark eingestellt.

— Dem Kutscher Ernst B. ist auf dem Bahnhof ein Petroleum-fäß über das Bein gerollt, wobei er einen Beinbruch erlitt, der seine Lebensjahre in die altstädtische Krankenanstalt zur Folge hatte.

— Montag nachmittags 3 1/2 Uhr wurde ein Mädchen im Alter von 7 bis 10 Jahren an der Fährneumwall- und Drantenstrassen-Ecke überfahren. Das schwerverletzte Kind wurde in die Wohnung ihrer Eltern getragen.

Die getrennten Verkaufsräume im Margarinegesetz.

Mit dem 1. April tritt der § 4 des neuen Margarinegesetzes in Kraft: bei der unbestimmten Ausdrucksweise des Paragraphen weiß nun niemand, was er zu thun und zu lassen hat. Anlässlich der Besprechung der Ausführungsbestimmungen trat auch an die Regierungsvorleiter aus dem Reichsamte des Innern die Frage heran, was unter getrennten Verkaufsräumen zu verstehen sei; sie wußten aber auch nicht zu sagen, was sich der Gesetzgeber darunter gedacht hätte; sie gaben keine Auskunft darüber, was die Juristen am 1. April zu thun hätten, es müßte dies jeder selbst wissen, und schließlich hätten die ordentlichen Gerichte zu entscheiden. Die nach vielen Tausenden zahlenden Detailisten, die jetzt vor die Frage gestellt sind, wie sie sich einzurichten haben, können doch mindestens verlangen, daß eine klare Lage geschaffen werde. Am richtigsten würde es allerdings sein, wenn der Reichstag sich dazu entschloße, die für die Landwirtschaft zum mindesten nicht hinderliche, für die Verkäufer aber äußerst belästigende Bestimmung nach vor dem 1. April wieder zu bekräftigen. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten gegen diese Bestimmung, sowie gegen das ganze Gesetz gethan, hatten eine Befreiung des Verkehrs und Ueberwachung der Fabrikation beantragt. Jaster, Kattjungen und Gammacher, sowie

Englische Arbeiterkoalitionen.

Wenn das deutsche Unternehmertum überhaupt lernen wollte, würde die Beobachtung des englischen Handelsamts veröffentlichte Statistik der Arbeiterkoalitionen in England diejenige Gelegenheit geben, sein geradezu jämmerliches Nichtwissen zu beseitigen. Und nicht weniger nützlich könnte das Studium dieses amtlichen Berichts auch für den Grafen Posadowsky und seine Leute in der Regierung sein — wenn sie eben lernen wollten!

Schon daß das Londoner Handelsamt mit so großer Sorgfalt und Unparteilichkeit die Entwicklung der Trades Unions Monat für Monat und Jahr für Jahr verfolgt, und durch seine Publikationen das Verständnis für die eminente Kulturbedeutung der Organisation der Arbeiter in den weitesten Kreisen weckt und fördert, ist für die Herren im Berliner Reichsamts des Innern beschämend. Daß gar einer der hervorragendsten Gewerkschaftsführer der „Arbeitsabteilung“ im englischen Ministerium vorsteht, ist für das deutsche Saarabien diesseits und jenseits der Elbe geradezu eine Ungeheuerlichkeit.

Diesmal ist der Bericht des Labour Correspondent noch ausführlicher wie sonst. Eine Reihe von Gewerkschaften hat 1895 und 1896 zum ersten Male ihre Uebersichten eingereicht. Dadurch sind die früheren Gesamtziffern mit den heutigen nicht mehr vergleichbar; die Arbeitsabteilung hat aber von allen nunmehr zugänglichen Berufsvereinen die Ziffern für die letzten fünf Jahre nachträglich zusammengestellt, sodaß für diesen Zeitraum der Uebersicht vollständiger wie je geworden ist. Die Berichte betreffen

Gewerkschaften	Jahrl. der Mitglieder	Die 100 hervorragendsten Trades Unions hatten Mitglieder
1892	1184	1 461 800
1893	1239	1 453 692
1894	1255	1 424 941
1895	1316	1 397 887
1896	1330	1 457 562

Die Zahl der Koalitionen steigt also stetig wie nach einem unabänderlichen Naturgesetz. Die Mitgliederziffer schwankt, je nach dem allgemeinen Geschäftsgang, aber innerhalb viel engerer Grenzen wie bei uns, wo die Arbeiterklasse noch jünger und wirtschaftlich unentwickelter ist, wie in England. Die großen alten Gewerkschaften, zwei Drittel aller organisierten Arbeiter umfassend, wahren jedoch auch unter wechselnden Konjunkturen ihren Mitgliederstand, ja sie vermehren ihn sogar unausgesetzt.

Auch die weiblichen Arbeiter sind durch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer mehr in die Berufsvereine hineingezogen worden. Man zählte 1896 108 278 organisierte Arbeiterinnen, davon nur 69 74 in eigenen Frauenorganisationen, die übrigen in den gemischten Unions von Frauen und Männern.

Die Leistungen der Trades Unions für alle möglichen Kulturzwecke sind ganz außerordentliche. Die Ausgaben für Lohnkämpfe, um die Lebenshaltung der Massen zu erhöhen oder gegen eine Herabdrückung zu wahren, sind gewiß in erster Linie ebenfalls Ausgaben für Kulturzwecke: sie erschöpfen jedoch in keiner Weise die Thätigkeit der Gewerkschaften, besonders nicht in den ausichtslosen Jahren der wirtschaftlichen Depression. Der Bericht verzeichnet folgende Leistungen im Pfund Sterling (gleich 20 Mark):

	1892	1893	1894	1895	1896
Arbeitslosen-Unterstütz.	349 541	459 259	463 157	435 215	285 277
Streiklohn	357 357	594 776	158 711	199 413	155 128
Kranken- und Unfallgeld	265 281	240 353	229 753	223 846	246 335
Jubiläumsgelder	162 081	112 252	122 050	131 511	141 683
Sterbegelder	69 095	75 845	69 846	79 205	75 395
Anderer Unterstützung	52 654	123 473	122 569	49 513	64 651
Verwaltungsg- u. Agitations-Ausgaben	251 173	252 307	230 751	235 690	270 425
Summe	1 429 765	1 578 309	1 449 927	1 495 696	1 239 299

Das alles konstatiert das englische Handelsamt mit großer Gemüthsruhe. Bei uns aber folgt das Reichsamtsamt des Innern den Wünschen eines Trümmers, der in seinem bekannten Fabrikantenblatt von „berühmten Gewerkschaften“ spricht, deren englische Vorbilder weit über das Maß der sozialdemokratischen Ausdehnungen hinaus nicht vor den gewaltsamsten Verbrennen zur Erreichung ihrer Zwecke zurückgeschreckt sind.“

Soziale Bewegung.

Inland.

Vom Vorsitzenden des Berliner Einigungsamtes wurden den Schuhmachern und Unternehmern folgende Einigungs-vorschläge unterbreitet:

Nachdem die Bevollmächtigten der Arbeitgeber es abgelehnt haben, heute bereits über den Arbeitsnachweis zu verhandeln, erklärt es das Einigungsamt für wünschenswert, daß die Parteien in Bälde über die fruchtigen Punkte bezüglich des Arbeitsnachweises in Verhandlung treten. Unter dieser Voraussetzung schließen die Parteien folgenden Vorschlag: 1. Die Arbeitnehmer sind damit einverstanden, daß bei Einstellung von Arbeitern in die Fabrik auch der Arbeitsnachweis deponiert wird. 2. Die neunstündige Arbeitszeit bleibt überall da in Geltung, wo sie bis zum heutigen Tage bestanden hat. 3. Nachdem die Vertreter der Arbeitgeber die Erklärung abgegeben haben, bei Betriebs-

störungen, die eine zeitweilige Nichtbeschäftigung von Arbeitern bedingen, diese nicht in der Fabrik zurückhalten zu wollen, ziehen die Arbeitnehmer die diesbezüglichen Forderungen zurück. 4. Bei zweimaliger Verspätung von je zehn Minuten kann nach vorausgegangener Verwarnung der Arbeiter entlassen werden. 5. Die Berechnung verdorbenen Materials hat nach dem durchschnittlichen Selbstkostenpreise stattzufinden. 6. Sammlungen und Ansammlungen sind nur während der Arbeit unterzagt. 7. Maßregelungen von Arbeitern aus Anlaß dieser Arbeitseinstellung dürfen nicht stattfinden.“

Namens der Arbeitervertreter erklärt Schuhmacher Weber die Vorschläge nur vorbehaltlich der Zustimmung seiner Auftraggeber annehmen zu können. Im Interesse eines dauernden Friedens, an dem doch auch den Fabrikanten gelegen sein müßte, erscheine eine Einigung bezüglich des Arbeitsnachweises unbedingt erforderlich. Er giebt dem Bedauern darüber Ausdruck, daß den Arbeitern nur so wenig zu erreichen gelingen sei und bittet um eine Vertagung der Verhandlung. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß eine Vertagung unthunlich sei, nachdem die Verhandlungen bereits soweit gediehen seien. Er empfiehlt jedoch den Arbeitern bezüglich des Arbeitsnachweises mit den Fabrikanten Fühlung zu nehmen, eventuell in dieser Sache noch einmal das Gewerbegericht anzurufen. Für die Arbeitgeber giebt Fabrikant Schlimweg die Erklärung ab, daß der Verband der Schuhfabrikanten im allgemeinen den Schiedspruch annehme, sich aber bei einer Ablehnung desselben durch die Arbeiter nicht an die bereits bewilligten Zugeständnisse binden könne. Am Dienstag will das Gewerbegericht den Schiedspruch fällen.

Wegen des **Abchlusses von Verträgen** hat der Kriegsminister folgende Bestimmung erlassen: In alle Verträge, welche von Truppen und Kommandobehörden mit Unternehmern abgeschlossen werden, sind Angaben darüber aufzunehmen, ob die Lieferung bezw. Leistung dem Unternehmer freihändig oder auf Grund eines vorangegangenen öffentlichen oder beschränkten Verdingungsverfahrens übertragen wird und ob im letzteren der Unternehmer der Mindestfordernde war.

Einen Beitrag zur Lage der **Eisenbahner** lieferte am Mittwoch eine Gerichtsverhandlung in Bentzen, die sich mit dem Eisenbahnunfall bei Schwientochlowitz befaßte. Als Angeklagter betrat der Weichensteller Union Eichmann aus Königshütte die Anlagebank, um sich wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Das Geipann des Bäckermeisters Vialas passierte den Uebergang der Bahnstrecke, dessen Barriere nicht zugezogen war. In demselben Moment brannte der Zug heran und erlachte den Wagen, welcher zertrümmert wurde. Das Pferd wurde getötet und der 16 Jahre alte Sohn des B. vom Wagen geschleudert. Dem Angeklagten wurde der Vorwurf gemacht, daß er fahrlässig gehandelt habe, indem er die Barriere nicht geschlossen hätte. Der Gerichtshof hielt für festgestellt, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt hat. Daß er aber durch diese Handlung eine Pflichtvernachlässigung begangen hätte, sei nicht festgestellt. Bei der Strafabmessung wurde erwogen, daß er an dem betreffenden Tage eine **Dienstzeit von 11 1/2 Stunden (1) hinter sich gehabt habe**. Der Angeklagte wurde zu 60 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Eine Konferenz der Korbmacher

fand am 30. Januar in Magdeburg im Grothmannschen Lokale statt. Vertreten waren die Orte Berlin, Bernburg, Döben, Großenhain, Geesbacht, Hamburg, Mühlberg, Wittenberg, Zeitz. Zweck der Konferenz war: Stellungnahme zu der letzten Submission der Geischoßförde. Da in vielen Orten in den letzten Jahren ein Sinken der Arbeitspreise zu beobachten war, drehte sich die Beratung vorwiegend um die Lohnfrage. Zunächst erstatteten die Delegierten Bericht über die örtlichen Verhältnisse. Im allgemeinen wird über eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geklagt. In einer Anzahl von Orten wird eine Arbeitslosigkeit erwartet. So sind bei der letzten erfolgten Submission nach Hamburg, Geesbacht und Mühlberg (wobei bisher in der Geischoßförde viele Korbmacher beschäftigt worden sind) keine Körbe vergeben worden. In Bernburg, Großenhain, Döben und anderen Orten ist augenblicklich noch Arbeit. Wenn diese aber beendet wird, wird Arbeitslosigkeit befürchtet. In Bernburg ist es den Korbmachern durch einmütiges Zusammenhalten und Streik gelungen, den Arbeitspreis von 2,70 Mark hochzuhalten. In Berlin werden nicht einheitliche Preise gezahlt; der niedrige Lohn ist 2,40 Mark. In Hamburg ist der Lohn ebenfalls gesunken und in Zeitz, Großenhain, Döben wird auf Vorrat gearbeitet.

Zur Beratung liegen folgende Anträge vor: **Berlin:** pro Korb 4,50 Mark, 8 1/2-stündige Arbeitszeit, Festsetzung einer Maximalarbeitsleistung durch die Konferenz. — **Span-dauer:** pro Korb 4,50 Mark, 8-stündige Arbeitszeit. — **Hamburg:** pro Korb 3,50 Mark, 9-stündige Arbeitszeit. — **Bernburg:** pro Korb 4,50 Mark, 8-stündige Arbeitszeit, Maximalarbeitsleistung von 10 Körben und Abschaffung der Teilarbeit. —

Der Hamburger Delegierte hält 4,50 Mark für zu hoch. Es sei nicht möglich, diesen Preis überall zu zahlen, so z. B. auf dem Lande. — Ein Berliner Delegierter teilt mit, bei der Submission von 114 000 Körben habe die Firma Schütz-Berlin 5,40 und 5,43 Mark geboten. Die Firma Lorenz habe 5,55 Mark geboten und es sei möglich, daß Urens die ganze Lieferung erhalte, da er kammerfähig und Neuvorstand in der Verwaltung ist.

Der Preis von 4,50 Mark müsse hochgehalten werden. Der Delegierte ist nicht für eine Maximalarbeitsleistung von 8, sondern für eine solche von 10 Körben. Er bedauert, daß Hamburg den Preis hat bis 3,50 sinken lassen und nichts für Verkürzung der Arbeitszeit getan hat. — Ein Zeitzer Delegierter schiebt der Organisationslosigkeit die Schuld des Sinkens der Arbeitspreise zu. Auf keinen Fall könne der Hamburger Preis von 3,50 Mark angenommen werden. Bei 9-stündiger Arbeitszeit müsse ein Lohn von 4 Mark gezahlt werden. Er empfiehlt den Berlinern, die Lokalorganisation fallen zu lassen und sich einmütig dem Holzarbeiter-Verbande anzuschließen. Einer der Delegierten aus Bernburg warnt vor zu hohen Forderungen; dieselben müßten so gestellt sein, daß sie einigermaßen Aussicht auf Durchführung hätten. Er empfiehlt den Antrag auf Verkürzung.

Mühlberg stellt im Laufe der Debatte den Antrag: pro Korb 4,50 Mark, neunstündige Arbeitszeit und eine Maximalarbeitsleistung von 10 Körben.

Der Spandauer Delegierte betont, es sei ihnen durch gute Organisation gelungen, einen hohen Preis und die achtstündige Arbeitszeit zu erlangen. Berlin und Hamburg sollten sich hieran ein Beispiel nehmen; namentlich sollte man in Berlin auf die Beseitigung der Zerrissenheit unter den Kollegen hinarbeiten. Man sollte auf Verkürzung der Arbeitszeit viel Gewicht legen.

Nach langer Diskussion wird beschlossen: 4 Mark pro Korb (mit 17 gegen 6 Stimmen); neunstündige Arbeitszeit (mit 21 gegen 2 Stimmen); Maximalarbeitsleistung von 10 Körben (mit 10 gegen 5 Stimmen); Abschaffung der Teilarbeit (mit 14 gegen 10 Stimmen).

Damit war die Hauptaufgabe der Konferenz erledigt. Zum Schluß entspinnt sich eine eingehende Debatte über einen Antrag, der verlangt, daß die Lokalorganisation in Berlin sich zu Gunsten der Zentralorganisation auflöst. Da an eine Lösung dieser Frage auf der Konferenz nicht zu denken war, wurde abends 10 Uhr die Debatte abgebrochen. Nach Verlesen des Protokolls und einem guten, aufmunternden Schlußwort wird die Konferenz für beendet erklärt.

Situationsberichte der Gewerkschaften in Magdeburg für das Jahr 1897.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Der D. M. A. V. besitzt im Bezirk Magdeburg 5 Filialen und je eine Verwaltungsstelle der Sektion der Klempner und der Feilenhauer und hiesige Bezüge. Die Altstadt Magdeburg und Sorort Billehau besitzen eine gemeinschaftliche Filiale. Ueber den Stand der Filialen und deren Fortschritte giebt nachstehende Uebersicht Aufschluß:

Filiale	Zahl der Mitglieder am		mehr	weniger
	1. 1. 97	1. 1. 98		
Magdeburg-Wilhelmstadt	111	169	58	
Buda	348	550	202	
Sudenburg	290	598	308	
Neue Neustadt	104	162	58	
Alte Neustadt	25	55	30	
Sektion der Klempner	164	112		52
Sektion der Feilenhauer	37	37		
Summa	1079	1683	606	52

Von diesen Filialen und Sektionen besaß am 1. Januar 1897 nur die Sektion der Klempner insgesamt 15 weibliche Mitglieder. Diese müßten infolge Restierens gestrichen werden. In dieser Sektion sind im Laufe des Jahres 1897 im ganzen 118 Personen getrieben und 86 neu aufgenommen worden. Der Vorstand dieser Sektion berichtet weiter: Im allgemeinen ist eine kleine Besserung des Lohnes eingetreten, nur die Laternen- und Weißblechwarenfabriken lassen viel zu wünschen übrig. Für 1897 war eine allgemeine Lohnbewegung geplant, dieselbe mußte aber wegen zu geringer Beteiligung der Kollegen verfallen werden. In einer Ladefabrik kam es zum Ausstand. An demselben waren 4 Klempner beteiligt. Sie erzielten ein Erhöhung des Lohnes von 30 auf 35 Pfennig.

Von den im Bezirk Magdeburg beschäftigten Feilenhauern sind etwa 2/3 organisiert. 31 und 3 Schleifer gehören der Sektion an; die übrigen Feilenhauer sind in anderen Filialen. Lohnkämpfe fanden im Jahre 1897 nicht statt, wohl ist aber an drei Stellen eine Lohnaufbesserung bewilligt worden. Der Verdienst läßt zu wünschen übrig. Bei den bestbezahlten Arbeitern übersteigt der Lohn 24 Mark nicht und fällt bei anderen Arbeitern bis auf 15 und 12 Mark.

Die Filiale Sudenburg hatte sich 1897 mit 2 Lohnbewegungen und 3 Maßregelungen zu befassen. Die Lohnbewegungen fanden statt bei C. L. Simbe-Buda und Benda-Sudenburg; beide verliefen resultatlos, da die Arbeiter jener Fabriken noch nicht genügend organisiert waren. Gemäßregelt wurden 3 Arbeiter bei der Firma Kahlmann, 2 bei Schäfer u. Sudenburg und 3 bei Köhlig u. König. Nur die Firma Kahlmann erklärte sich wieder bereit, die Gemäßregelungen einzuführen; von denen war jedoch einer abgeerbt. Die Lohnbewegungen veranlaßten der Filiale keine Kosten, wohl aber die Maßregelungen. Von den Mitgliedern der Filiale arbeiten bei Kahlmann 130, bei dem Gesinnwerk 200, bei C. L. Strauß 35, Schäfer u. Sudenburg 20, Köhlig u. König 10 (früher waren daselbst 100 organisiert). Erreichterweise haben sich nun auch die Arbeiter der Feilenhauer Patronschaft z. T. organisiert. Die Verwaltung der Filiale wünscht für 1898 eine höhere Beitragszahlung.

Die übrigen Filialen haben über Lohnbewegungen etc. nichts zu berichten.

Ausland.

Daß das Barbaren-Rußland das civilisierte Preußen-Deutschland überflügelt, geht aus einer Mitteilung des Vorwärts hervor, die folgendes sagt: Im Dombrowaer Revier (das an den oberkaltesischen Industriebezirk angrenzt), ist durch Regierungsverordnung auf allen Berg- und Hüttenwerken die achtstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Diese Renovation ist ein Erfolg des langdauernden Streiks in Niska und Guta Bantowa. Bei der Beendigung des Streiks wurde den Arbeitern die Achtstündigkeit versprochen. Auch die Bildung der Pensionskassen, die seiner Zeit gefordert wurde, soll jetzt erfolgen.

Cirkus-Theater

Samstags Mittwochs 8 Uhr:
2. Debut
8. Serie

Welt-Programms
Luppu
-Troupe
8 faches Lustspiel.

Phänomenal! Phänomenal!

Gastspiel

Alice Raymond

Eugenie Wermke

Willy Nessmann, Humorist.

Baronin von Mitacor

Mary Wetterlé

Novikoff-Trio

Taylor Bros

160 Argentis 160

in der großen Saaltheater

Von 12 Uhr ab geöffnet:

Große

Ethnographische

Schauhallung

Eintritt 50 Pfg.

Kinder und Militär 30 Pfg.

Stadt-Theater.

Samstags, den 2. Februar 1897
Ritter Erbe.

In Vorbereitung:

Göthes Faust, 2. Teil.

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Die Entführung aus dem Serail

Orts-Kranken-Kasse

für die in

Magdeburg zc. im kaufmännisch.
Gewerbebetriebe zc. beschäftigten
Personen.

Unseren Mitgliedern zeigen wir hiemit an, daß außer den bisher angestellten Zahnärzten folgende Herren Zahnärzte für Mitglieder unserer Kasse Zahnoperationen vornehmen:

1. Herr Bendix sen., Pius, Bäckerstraße 6 II, Zahnarzt.
2. Herbst, Hermann, Breitenweg 182 I, Zahnarzt.
3. Kempfe sen., Robert, Breitenweg 16 I, Zahnarzt.
4. Krüger, Richard, Alte Ullrichstraße 7 I, Zahnarzt.
5. Matz, Ferdinand, Alte Ullrichstraße 17 I, Zahnarzt.
6. Paul, Heinrich, Breitenweg 223 p., Zahnarzt.
7. Redde, M., Breitenweg 13 II, Zahnarzt.
8. Solowsky, Felix, Breitenweg 37 I, Zahnarzt.
9. Tietge, E., Gr. Junferstraße 15 o II, Zahnarzt.
10. Winter, Hans, Kaiserstraße 23 I, Zahnarzt.
11. Lehfeldt, M., Neustadt, Hohepforte 35 b p., Zahnarzt.
12. Bendix, Alfred, Neustadt, Breitenweg 15 I, Zahnarzt.

Der Vorstand.
H. K. K. K.

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch

Visser, homöopathischer Praxt.

Magdeburg, Jakobstraße 3.

Sprechstunden von 11-4 Uhr; Donnerstags keine Sprechstunden.

Zum Naturheilverfahren:

Bade-

Wannen

aller Art

Dampfschwitz-Apparate

in allen Größen, auch selbst zu verstellen bei

Heinrich Schmidt, Hirspererstr.

Gr. Münzstr. 8, Ecke Ratscherstr.

Central-Reparatur-Werkstatt

für Nähmaschinen und Fahrräder

aller Systeme unter Garantie

Erhältliche für alle Maschinen, auch werden

Teile für Fahrräder nach Bedarf liefern

angewiesen. 1791

R. Osterroth, Maschinenf.

Sturzbürgerstr., am Bahnhofsübergang

Uhrmacher

H. Schätze H. Möller

Magdeburg-Buckau

A. Schiele

Möbel,

Spiegel u. Polster-

waren.

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

A. Schiele

Möbel

und

Polsterwaren,

große Polster Teppiche,

ca. 100 Spiegel, Stageren

Silber

ausnahmsweise spottbillig zu verk.

Breiteweg 89-90

Georg Mook.

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Georg Mook

Sofa
Sofa
Sofa
Sofa

30 bis 65 Mf.

Divan

Divan

Divan

Divan

30 bis 65 Mf.

Plüsch-

Divan

65 bis 110 Mf.

Plüsch-

Garnituren

Plüsch-

Garnituren

von 130 Mf. an

bis zu den feinsten

Seiden-Plüsch.

Ausstattungen

Ausstattungen

Ausstattungen

bis 5000 Mf.

J. Mook

Berlinerstr. 30.

Sitte auf meine großen Schaufenster

zu achten.

1 Leeres Zimmer Gr. Marktstr. 1 II.

Fr. Logis Heinrichstr. 26 v. p.

Wahlernes Zimmer (Woche 3 M m. K.)

Küchensattel der Magdeburger

Gr. Marktstr. 2 und Schumbstr. 61.

Küchensattel des Lehrerinnen- und

Breitenweg 82, 1 Et.

Küchensattel des Lehrers- und

Standesamt.

Eudenburg, 29. Januar.

Eheheirathungen: Gertrud, Diener

Geburten: Maria, E. des Gärtners

Todesfälle: Maria, E. des Gärtners

Rufherrs Nikolaus Kaufhold, 86 J. 1 M.
27 J. Otto, E. des Tapezierers Max
Päner, 5 J. Amalie geb. Waal, Ehefrau
des Arb. Wilhelm Krippendorf, 45 J. 2 M.
18 J.
Totgeburt: Ein Sohn des Arbeiters
Franz Schulze.

Buckau, 29. Januar.

Aufgebote: Arbeiter Friedrich Ludwig
Andreas Reinecke mit Witwe Anna Auguste
Werner geb. Zschau hier. Schuhmachermeister
Christoph Albert Reinecke hier
mit Emilie Sophie Auguste Förster in
Niedersteden.

Eheheirathungen: Schneider Heinrich
Fol. Ged mit Anna Henriette Sophie
Redlich hier.

Geburten: Wilhelm, E. des Arb.
Christoph Schwier, Georg, E. des Jug.
Karl Thalwitzer.

Am 31. Januar.

Geburten: Ernst, E. des Arbeiters
Otto Schmidt, Helene, E. des Lokomotiv-
heizers Johannes Kosenthal, Paula Anna
Helene, unehelich.

Todesfälle: Jenni geb. Dohs, Ehe-
frau des Ingenieurs Hermann Schulze,
51 J. 4 M. 4 J. Emma, E. des Hilfs-
breiters Karl Buchwald, 3 M. 26 J.
Friederike geb. Knabe, Witwe des Arb.
Wilhelm Reinhardt, 71 J. 2 M. 26 J.

Neustadt, 25. Januar.

Eheheirathungen: Hausdiener Alwin
Kunhold mit Martha Wöwe.

Geburten: Wilhelm Friedrich, unehelich.
Räthe, E. des Buchhalters Ernst
Bassin, Fritz, E. des Malers Rud. Käse,
Martha, E. des Restaurat. Gust. Heinrich,
Willy, E. des Arbeiters Hermann Vogt,
Walter, E. des Arbeiters Albert Klauisch,
Gedwig, E. des Arbeiters Gust. Kieckach,
Kurt, E. des Arbeiters Emil Schmidchen,
Jungfrau, E. des Arb.-Dir.-Diätars Gust.
Röbbers, Mag, unehelich.

Todesfälle: Emma, E. des Bahn-
arbeiters Edmund Burchard, 1 M. 10 J.
Eise, E. des gepr. Lokomotivheizers Paul
Kauf, 3 J. 11 M. 29 J. Witwe See-
berg, Karoline geb. Haas, 56 J. 10 M.
28 Tage.

Am 31. Januar.

Aufgebote: Kaufmann Adolf Reime
mit Alma Hermine Freistadt.

Eheheirathungen: Fabrikarbeiter Karl
Lamprecht mit Elisabeth Krüger.

Geburten: Albert Ernst, unehelich.
Ely, E. des Posthilfsboten Wilhelm
Schulze, Kurt, E. des Arbeiters Wilhelm
Krause, Frieda, E. des Arbeiters Paul
Krause, Frieda, E. des Tischlers Gustav
Bauer.

Todesfälle: Frieda, E. des Tischl.
Gustav Bauer, 2 J. Otto, E. des Feuer-
wehrmanns Emil Taube, 4 J. 11 M.
1 J. Paul, E. des Maurers Theodor
Jahr, 3 J. 5 M. 7 J. Willy, E. des
Arbeiters Hermann Vogt, 6 J. Heinrich,
E. des Schuhmachermeisters Heinrich Napp,
4 J. 2 M. 3 J. Elisabeth, E. des Ar-
beiters Karl Behrend, 2 J. 17 J. Marie,
E. des Vorarbeiters Wilhelm Hinge,
3 M. 30 J.

Magdeburg, 31. Januar.

Aufgebote: Steinmetzmeister Gottfr.
Daafe in Schönebeck mit Martha Randel
hier. Arbeiter Karl Hinge mit Marie Heide-
mann hier. Fahrtrabahn-Berwalter Karl
Mollenhuth in Mauritz bei Wülfer mit
Anna Stolz hier. Schriftf. Adolf Reimert
mit Luise Kömlich hier.

Eheheirathungen: Buchh. Theodor
Schmitz in Franke mit Johanna Trinkl-
eller hier. Kaufherr Friedrich Fischer mit
Emma Emmelmann hier.

Geburten: Olga, E. des Telegraph-
Arb. Aug. Göbels, Karl, E. des Blech-
schmiedemeisters Richard Günther, Wilhelm,
E. des Arb. August Knappe, Martin, E.
des Heijendens Otto Kriebe, Willy, E. des
Eisenbahn-Hilfsbreiters Otto Rohmann,
Otto, E. des Schiffshaupters Paul Vieh-
hardt, Emma, E. des Postkassensers Wilh.
Mielke, Fritz, E. des Hausboisten im Jus-
Regt Nr. 26 Friedrich Becker, Charlotte,
E. des Schneiders Karl Behrend.

Todesfälle: Gottlieb Kleinmager,
Arbeiter, 23 J. 1 M. 8 J. Dorothee
geb. Prott, Witwe des Töpfers Joh. Kurts,
75 J. 8 M. 28 J. Ida geb. Feit, Ehe-
frau des Inhabers eines Glasreinigungs-
Geschäfts Hermann Feite, 42 J. 6 J.
Bruno, E. des Lokomotivheizers August
Koch, 1 M. 29 J. Marie geb. Müller,
Ehefrau des Eisenbahn-Güterexped. Karl
Kunze, 51 J. 3 M. 14 J. Paul, E. des
Arbeiters Andreas Niemann, 11 M. 9 J.
August Luande, Schugmann a. D., 47 J.
5 M. 6 J. Marie geb. Damm, Ehefrau
des Tischlermeisters Albert Schabert, 49 J.
7 M. 21 J. Henriette geb. Rohmann,
Witwe des Schneidemeisters Fritz Kerberg,
76 J. 7 M. 24 J. Otto Krause, Dr. phil.,
Arbeitslehrer, 51 J. 11 M. 26 J.
Gedwig geb. Lehmann, Ehefrau des Arbeit-
fabrikanten Hermann Heimker, 42 J.
3 M. 1 J.

Burg, 27. Januar.

Geburten: Sohn des Zuschneiders
Karl Müller, Himmelskinder 47. Tochter
des Schuhmachers Ernst Dorn, Oberstr. 21.
22. Januar.

Geburten: Sohn des Tischlers Aug.
Faler, Gr. Gef. 16. Tochter des Tischlers
Karl Schütz, Heilstraße 3. Tochter, un-
ehelich.

Todesfälle: Ehefrau des Arbeiters
Friedrich Wilhelm Hennig, Luise geb. Harig,
32 J. 6 M. 17 J.

29. Januar.

Eheheirathungen: Regelmacher Ernst
Gehrig Theodor Gehrig in Franke mit
Bertha Marie Sauter, Heilstraße 10.

Geburten: Sohn des Schuhmachers
Karl Schütz, Heilstraße 3. Tochter, un-
ehelich. Tochter, unehelich.

Todesfälle: Frieda Damm, 5 M.
27 J. Tochter des Postkassensers Friedrich
Koch, 27 J. Tochter des Postkassensers Friedrich
Koch, 27 J.

Freie Religions-

Gesellschaft.

Gründungs-Versammlung.

20 Kleider-

jahrrente

werden einzeln

mit einer Anzahlung

von Mark 5

und wöchentlich

Abzahlung von

Mark 1 an abge-

geben. 156

S. Osswald

Wriegstraße 14

I. Etage

gegenüber der

80 Pfand-

Versteigerung.

Am Mittwoch, den 9. Febr.

1897, von nachmittags 2 Uhr

an, sollen

französisch. Nr. 3a

alle die im Monat

April 1897

versteigert und erwerben, von

Nr. 94583-96940

versteigert, bis dahin nicht

erworben oder erwerben.

Wichtiges verfallenes Pfand.

Englische Arbeiterkoalitionen.

Wenn das deutsche Unternehmertum überhaupt lernen wollte, würde die Iobben vom englischen Handelsamt veröffentlichte Statistik der Arbeiterkoalitionen in England diesem Unternehmertum, an der Spitze Herrn von Stumm, reiche Gelegenheit geben, sein geradezu jämmerliches Nichtswissertum zu bezeugen. Und nicht weniger nützlich könnte das Studium dieses amtlichen Berichts auch für den Grafen Pofadowsky und seine Leute in der Regierung sein — wenn sie eben lernen wollten!

Schon das Londoner Handelsamt mit so großer Sorgfalt und Unparteilichkeit die Entwicklung der Trades Unions Monat für Monat und Jahr für Jahr verfolgt, und durch seine Publikationen das Verständnis für die eminente Kulturbedeutung der Organisation der Arbeiter in den weitesten Kreisen weckt und fördert, ist für die Herren im Berliner Reichsamt des Innern beschämend. Daß gar einer der hervorragendsten Gewerkschaftsführer der „Arbeitsabteilung“ im englischen Ministerium vorsteht, ist für das deutsche Saarabien diesseits und jenseits der Elbe geradezu eine Ungeheuerlichkeit.

Diesmal ist der Bericht des Labour Correspondent noch ausführlicher wie sonst. Eine Reihe von Gewerkschaften hat 1895 und 1896 zum ersten Male ihre Uebersichten eingekandt. Dadurch sind die früheren Gesamtziffern mit den heutigen nicht mehr vergleichbar; die Arbeitsabteilung hat aber von allen nunmehr zugänglichen Berufsvereinen die Ziffern für die letzten fünf Jahre nachträglich zusammengestellt, so daß für diesen Zeitraum der Uebersicht vollständiger wie je geworden ist. Die Berichte betreffen

Gewerkschaften	Jahr der Mitglieder	Die 100 hervorragendsten Trades Unions hatten Mitglieder
1892	1184	1 461 500
1893	1239	1 453 692
1894	1255	1 424 941
1895	1316	1 397 557
1896	1350	1 487 562

Die Zahl der Koalitionen steigt also stetig wie nach einem unabänderlichen Naturgesetz. Die Mitgliederziffer schwankt, je nach dem allgemeinen Geschäftsgang, aber innerhalb viel engerer Grenzen wie bei uns, wo die Arbeiterklasse noch jünger und wirtschaftlich unentwickelter ist, wie in England. Die großen alten Gewerkschaften, zwei Drittel aller organisierten Arbeiter umfassend, waren jedoch auch unter wechselnden Konjunkturen ihren Mitgliederstand, ja sie vermehren ihn sogar unausgesetzt.

Auch die weiblichen Arbeiter sind durch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer mehr in die Berufsvereine hineingetrieben worden. Man zählte 1896 108 278 organisierte Arbeiterinnen, davon nur 69 74 in eigenen Frauenorganisationen, die übrigen in den gemischten Unions von Frauen und Männern.

Die Leistungen der Trades Unions für alle möglichen Kulturzwecke sind ganz außerordentliche. Die Ausgaben für Lohnkämpfe, um die Lebenshaltung der Massen zu erhöhen oder gegen eine Herabdrückung zu wahren, sind gewiss in erster Linie ebenfalls Ausgaben für Kulturzwecke: sie erschöpfen jedoch in keiner Weise die Tätigkeit der Gewerkschaften, besonders nicht in den ausichtslosen Jahren der wirtschaftlichen Depression. Der Bericht verzeichnet folgende Leistungen in Pfund Sterling (gleich 20 Mark):

	1892	1893	1894	1895	1896
Arbeitslosen-Unterstütz.	349 841	459 259	463 157	435 215	255 277
Streiklohn	357 357	594 776	158 711	190 413	155 128
Kranken- und Unfallgeld.	268 281	240 353	229 783	293 346	246 335
Invaliden-gelder	162 651	112 252	122 050	131 511	141 933
Sterbegelder	69 093	75 845	69 846	76 205	75 395
Andere Unterstützungen	62 954	123 473	122 569	49 315	64 651
Verwaltungsg- u. Agitat-Ausgaben	271 173	252 307	250 751	275 091	270 425
	1 429 765	1 895 369	1 446 927	1 405 655	1 239 291

Das alles konstatiert das englische Handelsamt mit großer Gemüthsruhe. Bei uns aber folgt das Reichsamt des Innern den Wünschen eines Stumm, der in seinem bekannten Fabrikantenschlag von „berückichtigten Gewerkschaften“ spricht, „deren englische Vorbilder weit über das Maß der sozialdemokratischen Ausschreitungen hinaus nicht vor den gewaltthätigsten Verbrechen zur Erreichung ihrer Zwecke zurückgekehrt sind“.

Soziale Bewegung.

Zustand.

Vom Vorsitzenden des Berliner Einigungsamtes wurden den Schuhmachern und Unternehmern folgende Einigungsvorschläge unterbreitet:

Nachdem die Bevollmächtigten der Arbeitgeber es abgelehnt haben, heute heretisch über den Arbeitsnachweis zu verhandeln, erklärt es das Einigungsamt für wünschenswert, daß die Parteien in Bälde über die fruchtigen Punkte bezüglich des Arbeitsnachweises in Verhandlung treten. Unter dieser Voraussetzung schließen die Parteien folgenden Vergleich: 1. Die Arbeitnehmer sind damit einverstanden, daß bei Einstellung von Arbeitern in die Fabriken auch der Arbeitsnachweisbehörden benachrichtigt wird. 2. Die neunstündige Arbeitszeit bleibt überall da in Geltung, wo sie bis zum heutigen Tage bestanden hat. 3. Nachdem die Vertreter der Arbeitgeber die Erklärung abgegeben haben, bei Betriebs-

führungen, die eine zeitweilige Nichtbeschäftigung von Arbeitern bedingen, diese nicht in der Fabrik zurückhalten zu wollen, ziehen die Arbeitnehmer die diesbezüglichen Forderungen zurück. 4. Bei zweimaliger Verspätung von je zehn Minuten kann nach vorausgegangener Verwarnung der Arbeiter entlassen werden. 5. Die Berechnung verdorbenen Materials hat nach dem durchschnittlichen Selbstkostenpreise stattzufinden. 6. Sammlungen und Ansammlungen sind nur während der Arbeit unterjagt. 7. Maßregelungen von Arbeitern aus Anlaß dieser Arbeitseinstellung dürfen nicht stattfinden.“

Namens der Arbeitervertreter erklärt Schuhmacher Weber die Vorschläge nur vorbehaltlich der Zustimmung seiner Auftraggeber annehmen zu können. Im Interesse eines dauernden Friedens, an dem doch auch den Fabrikanten gelegen sein müßte, erscheine eine Einigung bezüglich des Arbeitsnachweises unbedingt erforderlich. Er giebt dem Bedauern darüber Ausdruck, daß den Arbeitern nur so wenig zu erreichen gelungen sei und bittet um eine Vertagung der Verhandlung. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß eine Vertagung unthunlich sei, nachdem die Verhandlungen bereits soweit gediehen seien. Er empfiehlt jedoch den Arbeitern bezüglich des Arbeitsnachweises mit den Fabrikanten Fühlung zu nehmen, eventuell in dieser Sache noch einmal das Gewerbegericht anzurufen. Für die Arbeitgeber giebt Fabrikant Schlichtweg die Erklärung ab, daß der Verband der Schuhfabrikanten im allgemeinen den Schiedsgericht annehme, sich aber bei einer Ablehnung desselben durch die Arbeiter nicht an die bereits bewilligten Zugeständnisse binden könne. Am Dienstag will das Gewerbegericht den Schiedsgericht fällen.

Wegen des **Abchlusses von Verträgen** hat der Kriegsminister folgende Bestimmung erlassen: In alle Verträge, welche von Truppen und Kommandobehörden mit Unternehmern abgeschlossen werden, sind Angaben darüber aufzunehmen, ob die Lieferung bezw. Leistung dem Unternehmer freihändig oder auf Grund eines vorangegangenen öffentlichen oder beschränkten Verdingungsverfahrens übertragen wird und ob im letzteren der Unternehmer der Mindestfordernde war.

Einen Beitrag zur Lage der **Eisenbahner** lieferte am Mittwoch eine Gerichtsverhandlung in Meuthen, die sich mit dem Eisenbahnunglück bei Schwientochlowitz beschäftigte. Als Angeklagter betrat der Weichensteller Anton Suchanek aus Könnigsbrunn die Anklagebank, um sich wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Das Gespann des Bäckermehlers Nialas passierte den Nebengang der Bahnstrecke, dessen Barriere nicht zugezogen war. In demselben Moment brauste der Zug heran und ersakte den Wagen, welcher zertrümmert wurde. Das Pferd wurde getötet und der 16 Jahre alte Sohn des B. vom Wagen geschleudert. Dem Angeklagten wurde der Vorwurf gemacht, daß er fahrlässig gehandelt habe, indem er die Barriere nicht geschlossen hätte. Der Gerichtshof hielt für festgestellt, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt hat. Daß er aber durch diese Handlung eine Pflichtvernachlässigung begangen hätte, sei nicht festgestellt. Bei der Strafabmessung wurde erwogen, daß er an dem betreffenden Tage eine **Dienstzeit von 11 1/2 Stunden (1) hinter sich gehabt habe**. Der Angeklagte wurde zu 60 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Eine Konferenz der Korbmacher

fand am 30. Januar in Magdeburg im Grothmannschen Lokale statt. Vertreten waren die Orte Berlin, Bernburg, Düben, Großenhain, Geeshacht, Hamburg, Mühlberg, Wittenberg, Zeitz. Zweck der Konferenz war: Stellungnahme zu der letzten Entschiffung der Geishofkörbe. Da in vielen Orten in den letzten Jahren ein Sinken der Arbeitspreise zu beobachten war, drehte sich die Beratung vorwiegend um die Lohnfrage. Zunächst erstatteten die Delegierten Bericht über die örtlichen Verhältnisse. Im allgemeinen wird über eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geklagt. In einer Anzahl von Orten wird eine Arbeitslosigkeit erwartet. So sind bei der letzten erfolgten Entschiffung nach Hamburg, Geeshacht und Mühlberg (woselbst bisher in der Geishofkörbbranche viele Korbmacher beschäftigt worden sind) keine Körbe vergeben worden. In Bernburg, Großenhain, Düben und anderen Orten ist augenblicklich noch Arbeit. Wenn diese aber beendet wird, wird Arbeitslosigkeit befürchtet. In Bernburg ist es den Korbmachern durch einmütiges Zusammenhalten und Streit gelungen, den Arbeitspreis von 2,70 Mark hochzuhalten. In Berlin werden nicht einheitliche Preise gezahlt; der niedrigste Lohn ist 2,40 Mark. In Hamburg ist der Lohn ebenfalls gesunken und in Zeitz, Großenhain, Düben wird auf Vorrat gearbeitet.

Zur Beratung liegen folgende Anträge vor: **Berlin**: pro Korb 4,50 Mark, 8 1/2 stündige Arbeitszeit, Festsetzung einer Maximalarbeitsleistung durch die Konferenz. — **Span-dau**: pro Korb 4,50 Mark, 8 stündige Arbeitszeit. — **Hamburg**: pro Korb 3,50 Mark, 9 stündige Arbeitszeit. — **Bernburg**: pro Korb 4,50 Mark, 9 stündige Arbeitszeit, Maximalarbeitsleistung von 10 Körben und Abschaffung der Teilarbeit.

Der Hamburger Delegierte hält 4,50 Mark für zu hoch. Es sei nicht möglich, diesen Preis überall zu zahlen, so z. B. auf dem Lande. — Ein Berliner Delegierter teilt mit, bei der Submission von 114 000 Körben habe die Firma Schulz-Berlin 5,40 und 5,43 Mark geboten. Die Firma Körens habe 5,85 Mark geboten und es sei möglich, daß Körens die ganze Lieferung erhalte, da er kanonischfähig und Nevräseant in der Verwaltung sei.

Der Preis von 4,50 Mark müsse hochgehalten werden. Der Delegierte ist nicht für eine Maximalarbeitsleistung von 8, sondern für eine solche von 10 Körben. Er bedauert, daß Hamburg den Preis hat bis 3,50 sinken lassen und nichts für Verkürzung der Arbeitszeit gethan hat. — Ein Zeitzer Delegierter schiebt der Organisationslosigkeit die Schuld des Sinkens der Arbeitspreise zu. Auf keinen Fall könne der Hamburger Preis von 3,50 Mark angenommen werden. Bei 9-stündiger Arbeitszeit müsse ein Lohn von 4 Mark gezahlt werden. Er empfiehlt den Berlinern, die Lokalorganisationen fallen zu lassen und sich einmütig dem Holzarbeiterverbande anzuschließen. Einer der Delegierten aus **Berlin** warnt vor zu hohen Forderungen; dieselben müßten so gestellt sein, daß sie einigermaßen Aussicht auf Durchführung hätten. Er empfiehlt den Antrag Bernburg.

Mühlberg stellt im Laufe der Debatte den Antrag: pro Korb 4,50 Mark, neunstündige Arbeitszeit und eine Maximalarbeitsleistung von 10 Körben.

Der **Spanbauer** Delegierte betont, es sei ihnen durch gute Organisation gelungen, einen hohen Preis und die achtsündige Arbeitszeit zu erlangen. Berlin und Hamburg sollten sich hieran ein Beispiel nehmen; namentlich sollte man in Berlin auf die Befreiung der Zerrissenheit unter den Kollegen hinarbeiten. Man sollte auf Verkürzung der Arbeitszeit viel Gewicht legen.

Nach langer Diskussion wird beschlossen: 4 Mark pro Korb (mit 17 gegen 6 Stimmen); neunstündige Arbeitszeit (mit 21 gegen 2 Stimmen); Maximalarbeitsleistung von 10 Körben (mit 10 gegen 5 Stimmen); Abschaffung der Teilarbeit (mit 14 gegen 10 Stimmen).

Damit war die Hauptaufgabe der Konferenz erledigt. Zum Schluß entspinnt sich eine eingehende Debatte über einen Antrag, der verlangt, daß die Lokalorganisation in Berlin sich zu Gunsten der Centralorganisation auflöst. Da an eine Lösung dieser Frage auf der Konferenz nicht zu denken war, wurde abends 10 Uhr die Debatte abgebrochen. Nach Verlesen des Protokolls und einem guten, aufmunternden Schlußwort wird die Konferenz für beendet erklärt.

Situationsberichte der Gewerkschaften in Magdeburg für das Jahr 1897.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Der D. M. A. V. besitzt im Bezirk Magdeburg 5 Filialen und je eine Verwaltungsstelle der Sektion der Klempner und der Feilenhauer und verw. Besize. Die Altstadt Magdeburg und Vorort Wilhelmstadt besitzen eine gemeinschaftliche Filiale. Ueber den Stand der Filialen und deren Fortschritte giebt nachstehende Uebersicht Aufschluß:

Filiale	Zahl der Mitglieder am		mehr	weniger
	1. 1. 97	1. 1. 98		
Magdeburg-Wilhelmstadt	111	169	58	
Budau	348	550	202	
Sudenburg	290	598	308	
Neue Neustadt	104	162	58	
Alte Neustadt	25	55	30	
Sektion der Klempner	164	112		52
Sektion der Feilenhauer	37	37		
Summa	1079	1683	656	52

Von diesen Filialen und Sektionen besaß am 1. Januar 1897 nur die Sektion der Klempner insgesamt 15 weibliche Mitglieder. Diese mußten infolge Streikens gestrichen werden. In dieser Sektion sind im Laufe des Jahres 1897 im ganzen 118 Personen gestrichen und 86 neu aufgenommen worden. Der Vorstand dieser Sektion berichtet weiter: Im allgemeinen ist eine kleine Besserung des Lohnes eingetreten, nur die Laternen- und Weißblechwerkfabriken lassen viel zu wünschen übrig. Für 1897 war eine allgemeine Lohnbewegung geplant, dieselbe mußte aber wegen zu geringer Beteiligung der Kollegen verschoben werden. In einer Laubbauzeit kam es zum Ausstand. An demselben waren 4 Klempner beteiligt. Sie erzielten eine Erhöhung des Lohnes von 30 auf 35 Pfennig.

Von den im Bezirk Magdeburg beschäftigten Feilenhauern sind etwa 50 organisiert. 34 und 3 Schleifer gehören der Sektion an; die übrigen Feilenhauer sind in anderen Filialen. Lohnkämpfe fanden im Jahre 1897 nicht statt, wohl ist aber an drei Stellen eine Lohnaufbesserung bewilligt worden. Der Verdienst läßt zu wünschen übrig. Bei den bezahltesten Arbeitern übersteigt der Lohn 24 Mark nicht und fällt bei anderen Arbeitern bis auf 15 und 12 Mark.

Die Filiale Sudenburg hatte sich 1897 mit 2 Lohnbewegungen und 3 Maßregelungen zu befassen. Die Lohnbewegungen fanden statt bei C. L. Straube-Budau und Verdel-Sudenburg; beide verliefen resultatlos, da die Arbeiter jener Fabriken noch nicht genügend organisiert waren. Gemäßregelt wurden 3 Arbeiter bei der Firma Stahlmann, 2 bei Schäfer u. Sudenburg und 3 bei Köhlig u. König. Nur die Firma Stahlmann erklärte sich wieder bereit, die Lohnbewegungen voranzutreiben, die Filiale keine Kosten, wohl aber die Maßregelungen. Von den Mitgliedern der Filiale arbeiten bei Stahlmann 150, auf dem Grundstück 200, bei C. L. Straube 35, Schäfer u. Sudenburg 20, Köhlig u. König 10 (früher waren dajelbst 100 organisiert). Entrentlichweise haben sich nun auch die Arbeiter der Potteichen Patronenfabrik z. T. organisiert. Die Verwaltung der Filiale wünscht für 1898 eine bessere Beitragszahlung.

Die übrigen Filialen haben über Lohnbewegungen z. nichts zu berichten.

Ausland.

Daß das Barbaren-Ausland das civilisierte Preußen-Deutschland überflügelt, geht aus einer Mitteilung des Vorwärts hervor, die folgendes sagt: Im Dombrowaer Revier (das an den oberhiesigen Industriebezirk angrenzt), ist durch Regierungsverordnung auf **allen Berg- und Güttenwerken die achtsündige Arbeitszeit eingeführt** worden. Diese Renormierung ist ein Erfolg des langdauernden Streiks in Kivla und Guta Baukora. Bei der Beendigung des Streiks wurde den Arbeitern die Achtsündigkeit versprochen. Auch die Bildung der Pensionskassen, die seiner Zeit gefordert wurde, soll jetzt erfolgen.

